



HESSISCHER LANDTAG

03. 08. 2010

Kleine Anfrage

**der Abg. Angela Dorn und Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 11.05.2010**

betreffend unabhängige Patientenberatung

und

Antwort

des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit

Vorbemerkung der Fragesteller:

Der § 65b SGB V legt den Grundstein für die Förderung der unabhängigen Patientenberatung durch die Gesetzlichen Krankenkassen. Ab April 2006 werden Patientenberatungsstellen unter dem Label "Unabhängige Patientenberatung Deutschland - UPD", bisher als Erprobung finanziert. Daneben fördern einzelne Bundesländer ähnlich gelagerte Aufgaben.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wie folgt:

Frage 1. In welcher Art und Weise fördert die Landesregierung Beratungsstellen für Patientinnen und Patienten rund um das Thema Gesundheitspolitik?

Das Land Hessen finanziert keine Beratungsstellen für Patientinnen und Patienten rund um das Thema Gesundheitspolitik und gibt auch keine Zuwendungen an die Verbraucherzentrale Hessen in diesem Bereich.

Unabhängig davon ist darauf hinzuweisen, dass die Verbraucherzentrale Hessen im Jahr 2009 im Rahmen des Bundesprojektes "Wirtschaftlicher Verbraucherschutz" den Teilaspekt Patientenberatung in ihrem Beratungsangebot verstärkt hat. Mit dem Auslaufen dieses Schwerpunktes im Jahr 2010 musste das Beratungsangebot wieder reduziert werden.

Die Verbraucherzentrale Hessen bietet Beratung rund um den Gesundheitsmarkt auch innerhalb ihres satzungsgemäßen Aufgabenspektrums an. So wurden z.B. im Jahr 2009 ca. 1.685 Beratungen und 808 Veranstaltungen durchgeführt sowie 1.204 Ratgeber (Broschüren) verkauft.

Die Verbraucherzentralen finanzieren sich aus öffentlichen Zuwendungen der Länder, Einnahmen aus der Beratung und dem Verkauf ihrer Ratgeber.

Mittelbar erfolgt außerdem eine Förderung durch kommunalisierte Landesmittel, die u.a. für die finanzielle Unterstützung von Selbsthilfekontaktstellen zur Verfügung gestellt werden.

Frage 2. Wie hoch sind die Gesamtmittel, die in Hessen für die Patientenberatung im gesundheitlichen Bereich zur Verfügung stehen?

Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen fördert mit insgesamt 5.113.000 € je Kalenderjahr die insgesamt 22 regionalen Beratungsstellen (Auflistung siehe Anlage) der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland gmbH (UPD) und deren Bundesgeschäftsstelle in Berlin (vgl. § 65 b Abs. 1 SGB V). Davon entfielen im Jahre 2009 laut Jahresbericht der UPD gmbH 193.725 € auf die UPD-Beratungsstelle in Hessen (Gießen). Bei dieser Förderung durch die GKV handelt es sich um eine Vollfinanzierung im Rahmen des Modellvorhabens; die Träger der Beratungsstellen erbringen keinerlei Eigenmittel.

Daneben erfolgt in Hessen weiterhin eine qualitätsgesicherte Verbraucher- und Patientenberatung durch z.B. die Ärztekammern, Krankenkassen, Sozialverbände, Verbraucherzentralen und andere öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige Institutionen.

Die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Hessen durch das Land liegt im Jahr 2010 bei 1,38 Mio. €. Eine Zuordnung, welcher Anteil dieser Mittel auf die Patientenberatung entfällt, ist nicht möglich.

Die Höhe der Gesamtmittel der oben genannten Beratungseinrichtungen ist der Landesregierung nicht bekannt.

Frage 3. Durch welche Träger werden die Aufgaben einer unabhängigen Patientenberatung wahrgenommen?

Gesellschafter der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) gGmbH sind:

- der Sozialverband VdK Deutschland e.V.,
- der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. und
- der Verbund unabhängige Patientenberatung e.V.

Die Beratungsstelle in Gießen wird vom Sozialverband VdK Hessen-Thüringen e.V. und dem Unabhängige Patientenberatung Hessen e.V. getragen.

Frage 4. In welchen Kommunen gibt es Unabhängige Patientenberatungsstellen und wie sind sie finanziell und personell ausgestattet?

In Hessen gibt es eine UPD-Beratungsstelle in Gießen (Liebigstraße 15, 35390 Gießen). In 2009 erhielt diese Beratungsstelle laut Jahresbericht der UPD gGmbH 193.725 €. Die personellen Ressourcen, die den 23 regionalen Beratungsstellen und damit auch der Beratungsstelle Gießen für die Aufgabenerfüllung regelmäßig zur Verfügung stehen, umfassen 2,1 Vollzeit-Mitarbeiter, aufgeteilt auf 3 Stellen (3 x 0,7 Stellen).

Frage 5. Ist der Landesregierung bekannt, welche Beratungen in den Beratungsstellen schwerpunktmäßig vorgenommen werden?

Die Beratungsstellen sind in den drei Kompetenzfeldern Gesundheitsfragen, zivil-/sozialrechtliche Fragestellungen und psychosoziale Fragestellungen interdisziplinär besetzt. Dabei versteht sich die UPD als Wegweiser im Gesundheitswesen, will also nicht selbst alle Fragen abschließend beantworten, sondern eher Lotse zum konkreten Ansprechpartner sein.

Nach dem zweiten Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellverbundes zu § 65b SGB V aus Januar 2010 weisen bei den zurückliegenden Informations- und Beratungsanlässen folgende Themen einen hohen Beratungsanteil auf (Wissenschaftliche Begleitung des Modellverbundes, Prognos AG, Kurzfassung, S. 4):

- Beschwerden über Leistungserbringer, Kostenträger und weitere Institutionen des Gesundheitssystems,
- Adressen und Telefonnummern von Ärzten, Krankenhäusern, Beratungsstellen usw.,
- Rechte und Ansprüche, die man als Patient hat,
- Wechsel der Krankenversicherung,
- Möglichkeit, sich zu bestimmten Fragen eine Zweitmeinung einzuholen,
- Änderungen bzw. neue Bestimmungen durch die Gesundheitsreform,
- Beitragssätze und Zusatzversicherungen im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV),
- (Zahn-)Medizinische Fragen in Kombination mit Fragen zu Leistungen der GKV, Wirksamkeit und Risiken von verschreibungspflichtigen Medikamenten sowie schulmedizinischen und komplementären Behandlungsmethoden.

Darüber hinaus werden folgende Themen von der Verbraucherzentrale Hessen abgedeckt:

- Wechsel der Krankenversicherung,
- Zusatzversicherung, privat oder gesetzlich?,

- Arztrechnung aufgrund von IGeL-Leistungen,
- Behandlungsfehler - Was tun?,
- Pflegeversicherung,
- Pflege- und Heimverträge,
- Haushaltsnahe Dienstleistungen,
- Ernährungstipps,
- Beratung zu Finanzdienstleistungen (Altersvorsorge, sonstige Versicherungen, Bauen).

Frage 6. Ist der Landesregierung bekannt, wie viel Ratsuchende sich an die unabhängigen Patientenberatungsstellen in den letzten Jahren gewandt haben?

Im ersten Halbjahr 2009 wurden bundesweit durchschnittlich 7.200 Anfragen pro Monat bearbeitet. Damit lag die monatsdurchschnittliche Beratungsfallzahl aller 22 Beratungsstellen bei 322; die monatsdurchschnittliche Fallzahl der Beratungsstelle Gießen lag im gleichen Zeitraum bei rund 270. Das seit dem Jahre 2007 angebotene bundesweite Beratungstelefon wurde ab Januar 2009 kostenfrei geschaltet. Damit einher ging eine enorme Nutzungssteigerung. Gegenüber Dezember 2008 stiegen die Anfragen über das bundesweite Beratungstelefon im Januar 2009 um mehr als das Vierfache und waren Ende des ersten Halbjahres 2009 mit 47,6 v.H. doppelt so hoch wie im Jahresdurchschnitt 2008. Zunehmend werden auch Beratungsmöglichkeiten über E-Mail und Online-Services genutzt, die seit Juli 2009 bestehen. Allein die monatsdurchschnittlichen Nutzungszahlen des Internetangebots der UPD stiegen von 7.264 Besuchern in 2008 um 70 v.H. auf monatlich 12.337 Besucher in 2009. Ein niedrighschwelliger und direkter Zugang zu den Beratungsstellen ist daher sichergestellt.

Frage 7. Ist der Landesregierung bekannt, ob auch die Bevölkerungsgruppen, die gesundheitlich benachteiligt sind, die Beratung in Anspruch nehmen?

Der zweite Zwischenbericht (Wissenschaftliche Begleitung des Modellverbundes nach § 65b SGB V, Prognos AG, S. 55 f.) ist auf der Basis der elektronischen Falldokumentation für den Zeitraum vom 01.06.2007 bis zum 31.05.2008 (= 43.667 Beratungen) hinsichtlich der Nutzer zu dem Ergebnis gekommen, dass die UPD ein mittelschichtorientiertes Angebot für eine breite Masse der ratsuchenden Bevölkerung darstellt. Der Beratungsansatz über Telefon, Bürosprechzeiten, Brief- und E-Mail-/Online-Kontakt und die regionale Präsenz an 22 Standorten sei zwar nur im Ausnahmefall daraufhin ausgerichtet, spezifische Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen zu etablieren. Es werden aber ergänzend spezifische Angebote für schwer erreichbare Zielgruppen erprobt (z.B. Patientenberatung für sozial benachteiligte ältere Menschen, aufsuchende Patientenberatung für türkischsprachige Migranten).

Frage 8. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Patientenberatungsstellen?

Bei der UPD handelt es sich um ein Modellprojekt, das an sich zum 31.12.2010 ausläuft. Das Modellprojekt wird seit 2005 durch die Prognos AG wissenschaftlich begleitet. Nach dem jüngsten Zwischenbericht haben Bekanntheit und Nutzung der UPD und damit auch die Auslastung der aufgebauten Beratungsstrukturen zugenommen, was gleichzeitig sinkende Kosten pro Beratungsfall zur Folge gehabt habe. Insgesamt seien überwiegend tragfähige Gestaltungsmöglichkeiten für eine unabhängige Patientenberatung entstanden. Damit ist dem Zwischenbericht durchaus Positives zu entnehmen.

Aufgrund der vorstehenden Aussagen soll das Bundesprojekt "Unabhängige Patientenberatung Deutschland" (UPD), bisher Modellprojekt, dauerhaft etabliert werden. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf (Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherung - AMNOG) liegt vor.

Da eine Ausschreibung erfolgen soll, ist noch offen, ob die bisherigen Träger (Sozialverband VdK Deutschland e.V., Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. und Verbund unabhängige Patientenberatung e.V.) des als gemeinnützige GmbH geführten deutschlandweiten Verbunds unabhängiger Beratungsstellen den neuerlichen Zuschlag erhalten werden.

Als vernetzendes Element einer patientenorientierten Beratungsinfrastruktur in Deutschland ersetzt die unabhängige Patientenberatung Deutschland in der Regel nicht die Fachberatung durch die Sozialverbände oder Verbraucherzentralen.

In der Vielfalt der Beratungsthemen und dem Fachwissen in rechtlichen und wirtschaftlichen Fragestellungen liegt die besondere Kompetenz der anbieterunabhängigen Verbraucherzentralen, die von den Ratsuchenden gewünscht und geschätzt wird.

Die Verbraucherzentrale Hessen war eine der ersten Verbraucherzentralen, die Patientenberatung angeboten hat. Das dortige Know-How wird auch bundesweit in hohem Maße anerkannt.

Die Arbeit der Patientenberatungsstellen findet auch durch die Hessische Landesregierung Anerkennung. Denn durch dieses Netzwerk werden Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte informiert. Durch Patientenberatung sollen die Versicherten in die Lage versetzt werden, möglichst selbständig ihre Rechte gegenüber den Krankenkassen und Leistungserbringern wahrzunehmen. Denn Eigenverantwortung ist der entscheidende Schlüssel zum souveränen Umgang mit dem Gesundheitswesen. Patienten, die aktiv mitdenken und mitmachen, beanspruchen das Gesundheitswesen wesentlich gezielter. Patientenberatung stärkt die Patientensouveränität und hilft, das System effizienter und erfolgreicher zu machen.

Wiesbaden, 22. Juli 2010

Jürgen Banzer

Anlagen

UPD Beratungsstellen

Beratungsstelle Berlin

Rubensstraße 84
12157 Berlin-Schöneberg
Telefon: 030 80107825

Beratungsstelle Bielefeld

Breite Straße 8
33602 Bielefeld
Telefon: 0521 133561

Beratungsstelle Bremen-Nordniedersachsen

Braunschweiger Straße 53 b
28205 Bremen
Telefon: 0421 6991861

Beratungsstelle Erfurt

Eugen-Richter-Straße 45
99085 Erfurt
Telefon: 0361 5551447

Beratungsstelle Gießen

Liebigstraße 15
35390 Gießen
Telefon: 0641 3013345

Beratungsstelle Göttingen

Albanikirchhof 4-5
37073 Göttingen
Telefon: 0551 488778-0

Beratungsstelle Hamburg

Alsterdorfer Markt 8
22297 Hamburg
Telefon: 040 51315795

Beratungsstelle Hannover

Herschelstraße 31
30159 Hannover
Telefon: 0511 70148-73

Beratungsstelle Karlsruhe

Kaiserstraße 167
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721 98451-21

Beratungsstelle Kiel
Andreas-Gayk-Straße 15
24103 Kiel
Telefon: 0431 5909960

Beratungsstelle Köln
Venloer Straße 46
50672 Köln
Telefon: 0221 4740555

Beratungsstelle Landshut
Am Alten Viehmarkt 5
City Center Landshut
84028 Landshut
Telefon: 0871 2768333

Beratungsstelle Leipzig
Brühl 34-38
04109 Leipzig
Telefon: 0341 337371-0

Beratungsstelle Ludwigshafen
Bahnhofstraße 1
67059 Ludwigshafen
Telefon: 0621 5929650

Beratungsstelle Magdeburg
Bärstraße 9
39104 Magdeburg
Telefon: 0391 53554710

Beratungsstelle München für Oberbayern
Waltherstraße 16 a
80337 München
Telefon: 089 18913722

Beratungsstelle Nürnberg
Leipziger Platz 17
90491 Nürnberg
Telefon: 0911 2427172

Beratungsstelle Potsdam
Babelsberger Straße 16
14473 Potsdam
Telefon: 0331 2006560

Beratungsstelle Rostock

Strandstraße 98

18055 Rostock

Telefon: 0381 20870-45

Beratungsstelle Saarbrücken

Dudweilerstraße 24

66111 Saarbrücken

Telefon: 0681 9273679

Beratungsstelle Stuttgart

Gaisburgstraße 27

70182 Stuttgart

Telefon: 0711 2483395

Beratungsstelle Witten

Annenstraße 114 a

58453 Witten

Telefon: 02302 39288-0